

Wahlprüfsteine des Zukunftsrat Hamburg zur Bundestagswahl 2017

Antworten der Freien Demokraten Hamburg

Oekologie

- 1. Alle relevanten Studien kommen zu dem Ergebnis, dass mit den aktuell in Deutschland beschlossenen Maßnahmen die Ziele des Pariser Klima-Abkommens weit verfehlt werden. Welche Maßnahmen schlagen Sie zur Umsetzung der Pariser Ziele – auf Bundes- und Hamburger Ebene - vor? Sollte Deutschland bei den CO₂-Preisen vorangehen, wenn sich kurzfristig keine Einigung auf europäischer Ebene erzielen lässt?**

Wir Freie Demokraten treten für eine vernünftige, international abgestimmte Politik auf Basis des Klimaschutzabkommens von Paris ein und lehnen nationale Alleingänge ab. Wir wollen mit dem Emissionshandel als zentralem Steuerungsinstrument im Klimaschutz die Innovationskraft der Märkte nutzen, zunächst in der EU, so schnell wie möglich weltweit. Eine Unzahl von Klimaschutzzielen und -instrumenten für unterschiedliche Lebensbereiche und Branchen verteuern den Klimaschutz unnötig und blockieren die Mittel für alternative Optionen der Treibhausgasreduzierung. Bessere Impulsgeber für klimafreundliche Innovationen sind ein weltweiter Preis für CO₂-Emissionen, langfristig verlässliche Emissionsziele und unternehmerische Flexibilität beim Handel mit den Emissionszertifikaten.

Technisch gibt es viele Wege, das Klima zu schützen. Aus unserer Sicht sind alle gesellschaftlich akzeptierten Technologien und Energieträger gleichermaßen geeignet, die sich marktwirtschaftlich behaupten können und eine nachhaltige Energieversorgung gewährleisten. Wir Freie Demokraten wollen die Potenziale der energietechnischen und energiewirtschaftlichen Verknüpfung von Strom, Wärme, Mobilität und Rohstoffen sowie deren Infrastrukturen („Sektorkopplung“) bei der Reduzierung von Treibhausgasemissionen marktwirtschaftlich nutzen.

- 2. In welchem Zeitrahmen sollte Deutschland aus der Kohleverstromung ausscheiden? Was bedeutet das für das Kraftwerk Moorburg?**

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen vielfältigen Energiemix ein, der Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit unter marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gewährleisten kann. Dabei wird auf fossile Energieträger wohl auf absehbare Zeit nicht verzichtet werden können. Für die Metropolregion Hamburg halten wir deshalb auch einen kurzfristigen Verzicht auf das Kraftwerk Moorburg für nicht realistisch.

- 3. Ein Hauptgrund für die zunehmende Überschreitung der „Planetaren Grenzen“ ist die Missachtung des Verursacherprinzips, d. h., die fehlende Internalisierung externer Kosten, insbesondere bei fossilen Energien und in der Landwirtschaft. Welche Verbesserungen planen Sie in diesen Bereichen? In welchen Zeiträumen?**

Wir Freie Demokraten setzen auf die Innovationskraft des Wettbewerbs. Denn innovative Ansätze und neue Technologien sind ein wesentlicher Motor zur nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen. Der weit verbreiteten Symbol- und Verbotspolitik setzen wir Fortschrittsoptimismus durch Freiheit und Verantwortung entgegen. Gleichzeitig setzen wir auf den Schutz natürlicher Ressourcen. Wir Freie Demokraten wollen die Rahmenbedingungen für eine innovative Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft verbessern und setzen verstärkt auf Müllvermeidung und Recycling. Das marktwirtschaftliche Prinzip der Produktverantwortung, bei dem der Hersteller eines Produkts die Verantwortung für dessen spätere Entsorgung trägt, muss weiter gestärkt werden. Wir Freie Demokraten wollen zudem die Potenziale der energietechnischen und energiewirtschaftlichen Verknüpfung von Strom, Wärme, Mobilität und Rohstoffen sowie deren Infrastrukturen bei der Reduzierung von Treibhausgasemissionen marktwirtschaftlich nutzen. Zudem setzen wir auf die Ausweitung des EU-Emissionshandels auf weitere Sektoren und streben Kooperationen mit anderen internationalen Emissionshandelssystemen an.

Soziales

4. Durch die „Industrialisierung 4.0“ wird von vielen Seiten ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen vorausgesagt? Wie wollen Sie darauf reagieren? Welche Auswirkungen betreffen Hamburg?

Es gibt unterschiedliche Vorhersagen darüber, wie die Arbeit der Zukunft aussehen wird. Ebenso wie im Zuge der industriellen Revolution das Wegfallen von Arbeitsplätzen vorhergesagt wurde, ist dies nun auch bei der Digitalisierung der Fall.

Digitale Technologien und künstliche Intelligenz werden dafür sorgen, dass unterschiedliche Tätigkeiten in Zukunft wegfallen. Auf der anderen Seite wird es aber auch Tätigkeiten geben, die heute in der gesamten Ausprägung noch gar nicht vorstellbar sind. In jedem Fall wird die Arbeit nicht weniger – sie wird nur anders.

Daher ist für uns Freie Demokraten die Frage, wie legen wir den Grundstein für diese Entwicklung? Wie sorgen wir dafür, dass die Menschen fit für die Zukunft sind?

Arbeiten 4.0 ermöglicht mehr Flexibilität und erlaubt es jedem Einzelnen Familie, Freizeit und Beruf besser unter einen Hut bringen. Die Chancen der Digitalisierung sollten wir ergreifen - statt die Zukunft mit immer neuen Regeln auszubremsen. Neue digital bestimmte Lebens- und Arbeitsbiografien benötigen deshalb ein Höchstmaß an Flexibilität. Gesetzliche Vorgaben für Tagesarbeitszeiten und faktische Hürden für mobiles Arbeiten haben nach unserer Auffassung keine Zukunft. Digitale Arbeitswelten eröffnen neue Freiheiten, die auch flexibel in deutlich weniger gesetzlichen Regelungen abzubilden sind und die den individuellen Lebens- und Arbeitskonzepten entsprechen. Starre Altersgrenzen lehnen wir ab. Die Vertragsfreiheit zwischen Arbeit-/Auftraggeber und -nehmer muss gewahrt bleiben. Die Überregulierung etwa von selbständigen Beratungsleistungen führt zur ständigen Bedrohung durch die Einordnung bewährter Arbeitsmodelle als Scheinselbstständigkeit. Für Freiberufler und Selbstständige muss durch Positiv-Kriterien Rechtssicherheit geschaffen werden, indem das Vorliegen eines einzelnen oder einer Kombination von mehreren Kriterien eine Selbstständigkeit nachweisbar sicherstellt. Digitale Arbeitswelten führen aber auch zu vollkommen anderen und neuen Lebens- und Arbeitsbiografien. Eng damit verbunden ist eine moderne bausteinorientierte Altersvorsorge, in welcher man unterschiedliche Elemente aus dem gesamten Leben, egal ob angestellt oder selbstständig, gleichgestellt miteinander kombinieren kann. Dies müssen wir durch den richtigen sozialpolitischen Rahmen ermöglichen.

- 5. Die Spreizung der Einkommens- und Vermögensverteilung, der große Niedriglohnsektor in Deutschland, die teilweise sehr geringe Besteuerung der Gewinne internationaler Konzerne wird von vielen Leuten als ungerecht empfunden. Die ungleiche Entwicklung gilt für Hamburg in besonderem Maße. Welche Maßnahmen schlagen Sie zur Verringerung dieser Ungerechtigkeiten vor?**

Die „Schere zwischen Arm und Reich“ ist eine nur bedingt aussagekräftige Größe, wenn es darum geht die Lebenslagen in Deutschland zu bestimmen. Selbst wenn über Nacht alle Menschen in Deutschland doppelt so viel verdienen würden, gälten noch ebenso viele Menschen als arm.

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger wieder einen fairen Anteil an den Wachstums- und Wohlstandsgewinnen haben.

Seit über zehn Jahren ist die Steuer- und Abgabenquote kontinuierlich angewachsen. Zwischen wirkliche Schere öffnet sich zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat: Das Lohnniveau stieg von 2005 bis 2015 gerade mal um 23 Prozent. Das Steueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden erhöhte sich dagegen im gleichen Zeitraum um fast 50 Prozent. Von Wachstums- und Wohlstandsgewinnen darf nicht allein der Staat profitieren. Wir wollen die Balance zwischen Privat und Staat wiederherstellen und deshalb die übermäßige Umverteilung von Privat zu Staat beenden.

Dabei halten wir ein Entlastungsvolumen von mindestens 30 Milliarden Euro für eine angemessene Zielgröße – gerade vor dem Hintergrund des von der Steuerschätzung vorhergesagten zusätzlichen Steueraufkommens von mehr als 110 Milliarden Euro bis zum Ende der Wahlperiode 2021.

Die Einführung neuer Steuern – wie etwa der Vermögensteuer oder Finanztransaktionssteuer – lehnen wir ab.

Wir Freie Demokraten wollen einen fairen Tarif bei der Einkommensteuer. Heute steigt die Steuerlast bei kleinen und mittleren Einkommen besonders schnell an. Das ist leistungsfeindlich und ungerecht. Ein Durchschnittsverdiener darf nicht fast schon den höchsten Steuersatz zahlen. Deshalb wollen wir den Tarif „nach rechts verschieben“, sodass der jeweils nächste Steuersatz erst bei einem höheren Einkommen steigt. Den sogenannten Mittelstandsbauch wollen wir abflachen und so einen leistungsgerechteren Tarif gestalten.

Dabei kann es nicht richtig sein, dass der Normalbürger seine Steuern bezahlt, dass kleine und mittlere Unternehmen die Steuern bezahlen, aber einige wenige ihre Zahlungspflicht durch unterschiedliche und fragwürdige Konzepte umgehen. Man kann da etwas tun und die Europäische Union ist eine richtige Ebene, um das dann auch verbindlich durchzusetzen, wenn die Mitgliedstaaten mitziehen, und genau das fordern wir ein.

Ökonomie

- 6. Das vorrangige Ziel der Politik ist wirtschaftliches Wachstum, gemessen in BIP. Halten Sie BIP-Wachstum für unbegrenzt fortsetzbar oder sehen Sie Grenzen des Wachstums? Falls Sie Grenzen sehen, wie soll die Politik auf diese Grenzen reagieren? Vor dem Hintergrund, dass diverse Finanzierungssysteme bei Rentenversorgung, Gesundheitsleistungen oder öffentliche Investitionen auf dem Prinzip zukünftigen Wachstums aufbauen, braucht es Reformen dieser Finanzierungssysteme?**

Als Freie Demokraten sehen wir das vorrangige Ziel der Politik darin, den Menschen nachhaltigen Wohlstand in Frieden, Freiheit und Vielfalt zu ermöglichen.

Das globale BIP wird nominal alleine schon aufgrund von Inflationseffekten weiter wachsen. Real tragen die wirtschaftliche Aufholentwicklung in Schwellenländern sowie die zunehmenden Bedeutung des

Dienstleistungssektors respektive zunehmende Digitalisierung, Spezialisierung und Arbeitsteilung zu weiterem BIP-Wachstum bei. Solange es ein tragbares Bevölkerungswachstum und gesellschaftlichen sowie technologischen Fortschritt gibt, wird auch das globale BIP als Spiegelbild dessen weiter wachsen. Wir Freie Demokraten setzen dabei auf „intelligentes Wachstum“ insbesondere durch neue Technologien, innovative Produktionsprozesse und zunehmende Entwicklung der Kreislaufwirtschaft. Ökologische Ziele und Wachstum schließen sich für uns nicht gegenseitig aus.

7. Das BIP misst über den Markt vermittelte Wirtschaftsleistung, aber nicht die Wohlfahrt der Menschen? Sollte das BIP durch andere Indikatoren ersetzt oder ergänzt werden? Falls ja, durch welche? Was halten Sie vom Hamburger Wohlfahrts-Index?

Mit dem Human Development Index gibt es einen guten – wenngleich sicher nicht ausgereiften und mit einigen Mängeln behafteten – internationalen Vergleichsmaßstab, der nicht nur das BIP in die Bestimmung der Wohlfahrt eines Landes mit einbezieht, sondern auch Bildungsstand und Lebenserwartung.

Der Hamburger bzw. Nationale Wohlfahrtsindex stellt einen interessanten, breiteren Ansatz dar, da er neben ökonomischen und sozialen auch ökologische Komponenten berücksichtigt. Allerdings ist er aus teilweise relativ komplex zu bestimmenden Größen aufgebaut, sodass sich allein schon angesichts unterschiedlicher Datenbasen ein aussagekräftiger internationaler Vergleich schwierig gestalten wird. Es stellen sich zudem Fragen nach Aufbau und Gewichtung einzelner Kriterien. So wirkt es z.B. verfälschend, wenn gemäß Definition nur öffentliche Ausgaben für das Gesundheits- und Bildungswesen berücksichtigt werden, jedoch keine privaten Ausgaben und Investitionen.

8. Die Finanzkrise 2008 ist durch Spekulationen in der Finanzsphäre ausgelöst worden. Ist aus Ihrer Sicht genug unternommen worden, um für die Zukunft derartige Finanzkrisen zu verhindern und ein Überspringen von Crashes in der Finanzwirtschaft auf die Realwirtschaft zu unterbinden? Falls nein, was möchten Sie unternehmen?

Mit den gestiegenen Eigenkapitalanforderungen an Banken durch „Basel III“ und den seit 2015 geltenden neuen Regeln für die Abwicklung von Banken in der EU bzw. Eurozone sind wichtige Zwischenschritte erreicht worden. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb dafür ein, dass beim europäischen Bankenabwicklungsmechanismus die sogenannten „Bail-in“-Regeln und die damit vorgesehene Haftungsreihenfolge konsequent angewandt werden. Im Insolvenzfall sollen also zunächst die Aktionäre und Gläubiger einer Bank in Haftung genommen werden. Erst dann können Mittel des gemeinsamen Abwicklungsfonds herangezogen werden, in den die europäischen Banken ihre Beiträge einzahlen. Staatliche Rekapitalisierung darf es allenfalls nur in absoluten Ausnahmefällen und als fiskalisch neutrale Kredite geben, wenn die bisherigen Mittel nicht ausreichen und die Finanzstabilität gefährdet ist. Denn nur durch eine strikte Umsetzung gewinnt der europäische Bankenabwicklungsmechanismus an Glaubwürdigkeit und sendet das notwendige Signal an Banken und ihre Gläubiger, dass sie nicht ständig auf Staatskosten gerettet werden. Eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung im europäischen Raum lehnen wir Freie Demokraten ab. Wir wollen zudem eine differenzierte Bankenregulierung, bei der kleine und mittlere Kreditinstitute, die häufig Hausbanken des klassischen Mittelstands sind, entlastet werden.

- 9. Deutschland hat einen ökologischen Fußabdruck, der – verallgemeinert – „drei Erden“ entspricht; Hamburg verbraucht sogar noch mehr. Die von der Politik propagierte Lösung für zukünftiges Wachstum bei Einhaltung der planetaren Grenzen ist die Erhöhung der Energie- und Ressourcen-Effizienz. Jede Effizienz-Erhöhung wird jedoch begleitet von Rebound-Effekten, die sie zumindest teilweise wieder aufheben. Sollte Politik die Suffizienz, d.h., die Verringerung der persönlichen Ansprüche an ressourcenintensive Waren und Dienstleistungen, ins Kalkül ziehen? Falls ja, wie könnte das angegangen werden?**

Als Freie Demokraten setzen wir auf die Vernunft der Menschen bezüglich ihres Konsum- und Nachfrageverhaltens; hierzu ist entsprechende Aufklärung und Transparenz wichtig. Wir wollen die Rahmenbedingungen für eine innovative Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft verbessern und setzen verstärkt auf Müllvermeidung und Recycling. Das marktwirtschaftliche Prinzip der Produktverantwortung, bei dem der Hersteller eines Produkts die Verantwortung für dessen spätere Entsorgung oder eben Wiederverwertung trägt, muss dabei aus unserer Sicht weiter gestärkt werden. Von der Politik vorgegebene, planwirtschaftliche Mengenzuweisungen lehnen wir ab, da dieses die Ressourcenallokation innerhalb der Volkswirtschaft verschlechtern und somit ggf. sogar das Ziel der Reduzierung des Ressourcenverbrauchs konterkarieren würde.

Nachhaltigkeit

- 10. In Zukunft wird es zu immer größeren Zielkonflikten zwischen Wirtschaftswachstum auf der einen Seite und Einhaltung der planetaren Grenzen sowie den Nachhaltigkeitszielen der UN (SDG) – mit dem SDG-Leitmotiv „Leave no one behind“ - auf der anderen Seite kommen. Wie sollen diese Zielkonflikte aufgelöst werden?**

Wir Freie Demokraten setzen uns für die nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft, Umwelt und sozialen Belangen ein. Die damit einhergehenden Zielkonflikte können nach unserer Ansicht nur Einzelfallbezogen aufgelöst werden. So beabsichtigen wir beispielsweise die Rahmenbedingungen für eine innovative Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft zu verbessern und nach dem marktwirtschaftlichen Prinzip der Produktverantwortung die Hersteller für die spätere Entsorgung in die Verantwortung zu nehmen. Zudem sollen effiziente Produktionsprozesse und innovative Technologien Klima, Umwelt und Ressourcen intelligent schützen. Das eröffnet auch Schwellenländern bessere Chancen.

- 11. Teilen Sie die Forderung der UN-Agenda 2030 von 2015 und des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung WBGU, dass es einer grundlegenden „sozial-ökologischen Transformation“ von Wirtschaft und Gesellschaft bedarf, um die Welt zukunftsfähig zu machen?**

Deutschland trägt zur Verwirklichung der globalen Nachhaltigkeitsziele als wirtschaftlich starkes und gesellschaftlich liberales Land eine große Verantwortung. Dieser Verantwortung können wir nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern gerecht werden. Denn die globalen Nachhaltigkeitsziele sind für den angesetzten Zeitraum bis 2030 sehr ambitioniert. Nationalstaaten, auch wirtschaftlich starke wie Deutschland, können hier alleine nur wenig bewegen. Vielmehr müssen wir international koordiniert handeln und Kräfte bündeln, um in der knappen Zeit die größtmöglichen Verbesserungen zu erzielen. Um die ambitionierten Ziele der globalen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, brauchen wir Mut zu Neuem – in Gesellschaft, Politik, Technik, Wissenschaft und Wirtschaft. Wenn wir am gewohnten Methodenkasten festhalten, werden wir die Ziele nicht erreichen.

- 12. Es gibt Kritik an der repräsentativen Demokratie. Zum einen könnten die Parlamente mit unzureichender Kontrolle über ihre „eigenen“ Angelegenheiten (z. B. Diäten, Altersversorgung, Korruptions-vermeidung, Karenzzeiten) selbst entscheiden. Zum anderen würden die großen und langfristigen Zukunftsaufgaben einer nachhaltigen Entwicklung nicht adäquat behandelt. Teilen Sie diese Kritik? Falls ja, welche Verbesserungen schlagen Sie vor?**

Für uns Freie Demokraten lebt die liberale Demokratie von engagierten Bürgerinnen und Bürger, die mitbestimmen können. Selbstbestimmung in allen Lebenslagen heißt demokratische Mitbestimmung unterhalb der repräsentativen Demokratie. Unser Land braucht engagierte und mutige Bürger, die jenseits der Teilnahme an Wahlen Verantwortung übernehmen. Wir stärken die liberale Demokratie als Lebensform, indem wir ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement, den punktuellen Einsatz professionell moderierter Bürgerbeteiligung sowie den probeweisen Ausbau von Instrumenten der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene und Landesebene unterstützen. Zugleich sind wir Freie Demokraten uns aber auch unserer Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen bewusst. Zu deren Entlastung wollen wir deshalb die Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen anhand von Nachhaltigkeitsindikatoren stärken, parlamentarisch effektiv verankern und durch eine Generationenbilanzierung ergänzen. Dabei werden Leistungen der Gesellschaft für nachfolgende Generationen den Lasten gegenübergestellt: etwa Ausgaben für Bildung, Infrastruktur und soziale Sicherheit auf der Haben-Seite und Belastungen durch Staatsverschuldung, Pensionslasten und Verpflichtungen aus Generationenverträgen auf der Soll-Seite. Dies schafft Transparenz, vor allem, weil auch die impliziten Schulden erfasst werden, also zukünftige Zahlungsverpflichtungen durch zugesagte staatliche Leistungen. Die Generationenbilanzierung trägt somit zu einer nachhaltigen Finanzplanung bei und soll daher bei der Gesetzesfolgeabschätzung genutzt werden.

- 13. Die Hamburger Zivilgesellschaft hat sich bereits mehrfach zur Umsetzung der o.g. SDGs zu Wort gemeldet – so z.B. der Zukunftsrat Hamburg 2016 mit dem Papier „Hamburg und die Nachhaltigkeitsziele der UN von 2015“ sowie der zivilgesellschaftliche „Ratschlag“, in dem die großen Nichtregierungsorganisationen 2017 Forderungen an den Senat formuliert haben. Sind diese konkreten Forderungen des Ratschlags der Hamburger NGOs in Ihr Programm übernommen worden?**

Das Wahlprogramm der Freien Demokraten für die Bundestagswahl ist Ergebnis umfangreicher Beratungen innerhalb der Partei. Es ist Ausdruck der programmatischen Vorstellungen der Partei und gibt Einblick in die Konzepte mit denen wir Freien Demokraten den aktuellen Herausforderungen begegnen wollen.

Das Unterkapitel "Werteorientierte Entwicklungspolitik" in Bundestagswahlprogramm der Freien Demokraten beschäftigt sich mit der Nachhaltigkeitsagenda 2030 der Vereinten Nationen, welche Teil der Strategic Development Goals ist